

Marie-Luise Recker

## Die Außenpolitik des Auswärtigen Amts

### Ergebnisse, Probleme und Perspektiven der Forschung

Die Außenpolitik des Auswärtigen Amts während des Dritten Reiches kann als gut erforscht gelten. Ein entscheidender Grund hierfür ist, dass für diesen Themenbereich schon früh ein großer und geschlossener Quellenkorpus zur Verfügung stand. Der größte Teil der Akten des Politischen Archivs war im Mai 1943 zum Schutz vor Bombenangriffen aus Berlin ausgelagert worden<sup>1</sup>. Diese Materialien sowie weitere Bestände des Auswärtigen Amts fielen bei Kriegsende in die Hände der Angloamerikaner, die sie umgehend in ihre Zonen verbrachten, nicht zuletzt, um sie mit heranzuziehen für die Nürnberger Prozesse, in denen ja die Planung, Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskriegs einer der zentralen Anklagepunkte war. Nach einigem Hin und Her um ihren Verbleib landeten sie schließlich im Herbst 1948 zum überwiegenden Teil in Whaddon Hall in Großbritannien.

Im Juni 1946 waren State Department und Foreign Office übereingekommen, die deutschen diplomatischen Akten in einer gemeinsamen Edition zu veröffentlichen; „sie sollte die deutsche kriegstreibende Außenpolitik der Jahre 1918 bis 1939 vor den Augen der Weltöffentlichkeit ausbreiten, solange das Interesse an der jüngsten Vergangenheit noch akut war“<sup>2</sup>. Die Edition sollte in vier Serien von insgesamt rund zwanzig Bänden die deutsche Außenpolitik vom Beginn der Weimarer Republik bis zum Ende des Dritten Reiches offenlegen. Neben einem britischen und einem amerikanischen wurde auch ein französisches Historikerteam an dem Projekt beteiligt. Der erste Band der „Documents on German Foreign Policy“ erschien 1949 auf Englisch, ein Jahr später folgte die deutsche Ausgabe<sup>3</sup>. Damit war ein wichtiger Ausgangspunkt für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Außenpolitik des Auswärtigen Amts gegeben.

Die deutsche Seite sah die Beschlagnahme der außenpolitischen Akten durch die Angloamerikaner und damit deren Unzugänglichkeit für deutsche Politiker oder Forscher als eine schwer zu ertragende Degradierung und Demütigung an. Zwar hatten die Westalliierten die Rückgabe der Bestände in Aussicht gestellt, wenn in Deutschland „gefestigte Zustände herrschten“<sup>4</sup>, doch zog sich das Tauziehen um die Erfüllung dieser Zusage lange hin. Erst 1956 setzten größere Lieferungen aus Großbritannien ein, so dass von nun an das Auswärtige Amt sukzessive wieder Herr über seine entsprechenden Aktenbestände wurde. Auch war mittlerweile ein deutscher Mitherausgeber in das Editionsteam aufgenommen worden.

<sup>1</sup> Den Verbleib der Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts und das lange Tauziehen um deren Rückgabe untersucht ausführlich Astrid M. Eckert, *Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivreichtum nach dem Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 2004, insbes. S. 76ff.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 105.

<sup>3</sup> *Documents on German Foreign Policy 1918–1945. From the Archives of the German Foreign Ministry. Series D (1937–1945)*, Vol. I: From Neurath to Ribbentrop (September 1937–September 1938), Washington D.C. 1949. Die deutsche Ausgabe erschien unter dem Titel: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik*.

<sup>4</sup> So Eckert, *Kampf*, S. 179.

Mit der Publikation der „Documents on German Foreign Policy“ bzw. „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“ stand der internationalen Forschung eine umfangreiche Fondsedition zur Verfügung, die die zentralen Quellen zum Verlauf der Außenpolitik des Auswärtigen Amtes während des Dritten Reiches enthielt. Ergänzt wurde sie im Laufe der Jahre von parallelen Akteneeditionen anderer europäischer und außereuropäischer Staaten, durch die die deutsche Außenpolitik dieser Jahre in den Kontext der internationalen Beziehungen eingebettet werden konnte. Zudem waren nach der Rückgabe an die deutsche Seite die Archivmaterialien selbst im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes der Fachwelt zugänglich. Kein Themenfeld der Politik des Dritten Reiches ist quellenmäßig so gut und so breit dokumentiert wie die Außenpolitik des Auswärtigen Amtes, was die frühe und intensive Beschäftigung mit diesem Bereich mit erklärt.

Zum Zweiten galt für das Gros der Historiker dieser Zeit die Außenpolitik als das vornehmste Sujet, um „ins Innerste einer Nation hinein[zu]schauen“<sup>5</sup>. Gerade im Zeitalter des Nationalstaats schienen die Außenbeziehungen eines Landes nicht nur seinen internationalen Rang und sein Ansehen in der Staatengemeinschaft zu dokumentieren, sondern auch Ausdruck seiner Souveränität, ja, seiner *Raison d'être* zu sein. Diplomatiegeschichte wurde so gleichsam zur Königsdisziplin der Geschichtswissenschaft. Zwar hatten auch innenpolitische Themenfelder, sozialgeschichtliche Fragestellungen oder kulturgeschichtliche Herangehensweisen immer neben der Beschäftigung mit der Außenpolitik gestanden, doch war das wissenschaftliche Ansehen diplomatiegeschichtlicher Darstellungen ungleich größer. Vor diesem Hintergrund wandten sich viele renommierte Forscher nach der Rückgabe der diplomatischen Akten gerade der Außenpolitik des Dritten Reiches zu, um ihre Entwicklung darzulegen, die hinter ihr sichtbar werdenden Triebkräfte zu identifizieren und ihren „Ort“ in der Entwicklung des preußisch-deutschen Nationalstaates zu bestimmen<sup>6</sup>. Insbesondere letztere Fragestellung wurde zu einer zentralen Kategorie in der Interpretation der Außenpolitik des Auswärtigen Amtes.

Der wichtigste Grund, sich diesem Thema zuzuwenden, war aber wohl nicht in erster Linie die gute Quellenlage oder das wissenschaftliche Ansehen der „Königsdisziplin“ Diplomatiegeschichte, sondern leitete sich aus inhaltlichen Fragen ab. War schon die Entscheidung zur Publikation der Akteneedition „Documents on German Foreign Policy“ bzw. „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“ maßgeblich von dem Ziel getragen gewesen, die verschiedenen Stränge der Revisions- und Expansionspolitik Berlins in der Zwischenkriegszeit und damit den langen Weg zum Zweiten Weltkrieg sichtbar zu machen, so bestimmte diese Fragestellung auch ganz wesentlich die entsprechenden Untersuchungen der folgenden Jahre. Während in den frühen empirischen Forschungen zur nationalsozialistischen Herrschaft die Ursachen und näheren Umstände der „Machtergreifung“ im Vordergrund standen, die Frage also, wie Hitler nach dem 30. Januar 1933 seine Macht so rasch und ohne entscheidende Widerstände hatte festigen und wie er in so kurzer Zeit die Konturen seiner Diktatur hatte etablieren können, fokussierte sich im außenpolitischen Bereich der Blick darauf, wie das nationalsozialistische Regime die Einbindung des Deutschen Reiches in die internationalen und europäischen Ordnungssysteme hatte durchbrechen, die „Fesseln von Versailles“ hatte abstreifen und das Dritte Reich zu einer bestimmenden Rolle auf dem Kontinent hatte führen können. Der Weg zum Zweiten

<sup>5</sup> Zeitungsartikel von Anfang 1946, zit. nach ebenda, S. 356.

<sup>6</sup> So zuletzt Klaus Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Stuttgart 1995.

Weltkrieg war der Fluchtpunkt aller frühen Debatten um die Außenpolitik des Dritten Reiches.

In diesem Kontext wurden die einzelnen Schritte zur Gewinnung außenpolitischen Aktionsfreiraums und zur Vorbereitung der intendierten militärischen Expansion näher analysiert<sup>7</sup>, vom Austritt aus dem Völkerbund über den Nichtangriffspakt mit Polen, das deutsch-englische Flottenabkommen, den Einmarsch in das Rheinland und die allmähliche Anbindung Italiens an das Deutsche Reich bis hin zu Münchener Abkommen, Hitler-Stalin-Pakt und Überfall auf Polen. Hierbei war vor allem strittig, wieweit in diesem Zusammenhang verschiedene Phasen, Wendepunkte und Umbrüche erkennbar waren, wieweit man die Außenpolitik des Dritten Reiches also in einzelne Abschnitte periodisieren könne oder ob man von einer grundständigen Linie auszugehen habe, der diese bei allen Oszillationen im Einzelnen gefolgt sei. Im ersteren Fall wurde vor allem das Jahr 1937 als Wendepunkt ausgemacht, das eine Periode der Revisionspolitik, die sich noch an traditionellen Forderungen orientierte, von derjenigen der Expansionspolitik abgrenzte, die über die ethnischen Grenzen des deutschen Sprachraums hinauswies und auf die Gewinnung von „Lebensraum“ im Osten abzielte. In dieser Sicht hatten die ersten Jahre nach der „Machtergreifung“ im Banne der Befreiung von den „Fesseln“ des Versailler Vertrags gestanden, wobei der neue Reichskanzler in enger Übereinstimmung mit seinen national-konservativen Bündnispartnern gehandelt habe. Demgegenüber markierte das „Wendejahr“ 1937 nun den Umschlag zu einer aggressiven Expansionspolitik, wie sie in den Krisen des Jahres 1938 um Österreich und die Tschechoslowakei ihren ersten Höhepunkt erreichte und den (auch militärischen) Konflikt mit den europäischen Nachbarn mit einkalkulierte. In diesem Interpretationszusammenhang kam der „Hoßbach-Niederschrift“<sup>8</sup> eine wichtige Rolle zu, konnten Hitlers Äußerungen vor den politischen und militärischen Spitzen des Regimes doch als Ankündigung und Handlungsanweisung für den künftigen Kriegskurs gedeutet werden.

Demgegenüber hat sich aber doch die Einschätzung durchgesetzt, dass bereits für die Anfangsphase der nationalsozialistischen Außenpolitik eine „Verflechtung ideologischer und realpolitischer Komponenten“<sup>9</sup> charakteristisch gewesen sei, die in ihrem Ineinander und Gegeneinander Elemente der Kontinuität von Personen, Bestimmungsfaktoren und Perspektiven wie des Bruchs mit bisherigen Methoden und Zielsetzungen eingeschlossen habe. Zwar habe die neue politische Führung den Erfordernissen der inneren Machtkonsolidierung wie der Beruhigung der misstrauischen europäischen Nachbarn durchaus Rechnung tragen müssen, doch sei ungeachtet dieser taktischen Rücksichtnahmen Hitlers Aufrüstungs-, Expansions- und Kriegskurs von Anfang an das konstitutive Element der Außenpolitik gewesen. Die Kontinuitätslinie „einer militärpolitisch akzentuierten außenpolitischen Zielsetzung“ im Sinne der Revision der Versailler Vertragsbestimmungen, wie

<sup>7</sup> Die folgenden Ausführungen folgen im Wesentlichen der Darstellung in Marie-Luise Recker, Die Außenpolitik des Dritten Reiches, 2., um einen Nachtrag erweiterte Auflage, München 2010, S. 51–115. Dort auch Angaben zur wesentlichen Literatur.

<sup>8</sup> Die sogenannte Hoßbach-Niederschrift hatte als Beweisdokument PS 386 im Nürnberger Hauptprozess eine wichtige Rolle gespielt, war aber im Zuge der Vorbereitung der Anklage verlorengegangen und lag bei den Verhandlungen nur noch als beglaubigte Anschrift vor. Sie wurde dann in den Documents on German Foreign Policy bzw. Akten zur deutschen auswärtigen Politik (Serie D, Band I, Nr. 19, S. 25–32) publiziert.

<sup>9</sup> Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Bd. I, Köln/Opladen 1960, S. 319.

sie nach dem 30. Januar 1933 insbesondere von Reichsaußenminister Constantin von Neurath und Reichswehrminister Werner von Blomberg verkörpert worden sei, wird somit nur als vordergründiger Wesenszug der nationalsozialistischen Außenpolitik angesehen, da Hitler sie nicht als Selbstzweck im Sinne einer traditionellen Großmachtspolitik betrachtet habe, sondern als Voraussetzung und erste Stufe für seine „singuläre Zielsetzung“ einer rassenideologisch begründeten militär- und raumpolitischen Expansion<sup>10</sup>. Hierbei sei die Linie einer forcierten Revisionspolitik, die sich aber immer noch im Rahmen der Einbettung in das kontinentale Mächtegeflecht bewegt habe, mehr und mehr durchsetzt und durchbrochen worden von einer auch auf militärische Stärke und machtpolitische Alleingänge setzenden Expansionspolitik, bis mit der „Entfesselung“ des Zweiten Weltkriegs der Schritt zur kontinentalen Eroberungspolitik getan wurde. Dieses Ineinander von Revisions- und Raumpolitik, das Heraustreten des Einen aus dem Anderen, die dialektische Vermischung von traditioneller Großmachtpolitik, innerer „Wiederwehrhaftmachung“ und weitgespannten Expansionszielen wird so als durchgängiges Charakteristikum der nationalsozialistischen Außenpolitik angesehen.

Neben Darstellungen zur Außenpolitik des Dritten Reiches, die deren zeitlichen Verlauf und deren Einbettung in den Kontext der internationalen Mächtekonstellation in den 1930er Jahren thematisieren, bildet das Feld der bilateralen Beziehungen ein zweites Standbein für dieses Thema. Hierbei hat insbesondere die Haltung gegenüber Großbritannien viel Aufmerksamkeit gefunden. Gerade in Hitlers langfristigen Plänen kam dem Inselreich eine herausragende Rolle zu, sollte doch durch ein Bündnis mit London die Eroberung von „Lebensraum“ im Osten abgesichert werden. Dieses Werben um eine solche Allianz, das Scheitern dieses Vorhabens und dann der Umschlag von der Haltung „mit“ zu „ohne“ und schließlich „gegen England“<sup>11</sup> ist vielfach thematisiert worden. Flankiert werden sollte dieses Bündnis durch eine Annäherung an das faschistische Italien, durch das der „Erzfeind“ Frankreich in Schach gehalten und längerfristig ausgeschaltet werden sollte. Hierdurch hoffte der deutsche Diktator, die bisherige Vormachtposition Frankreichs ablösen, den deutschen Einflussbereich auf West- und Mitteleuropa ausdehnen und – gestützt durch diese Hegemonialstellung auf dem Kontinent und mit dem britischen Bündnis im Rücken – den Kampf um „Lebensraum“ im Osten führen zu können.

Diese langfristige Perspektive einer raumpolitischen Expansion bedeutete auch eine Neuorientierung in der Haltung des Deutschen Reiches gegenüber Polen und der Sowjetunion. Diese Veränderungen wurden schon bald nach der „Machtergreifung“ deutlich und werden vielfach als Beleg für die These von dem Ineinander von Revisions- und Raumpolitik, von der Mischung und Umformung vorgeblich traditioneller Schritte zu entscheidenden Aktionen auf dem Weg zu Expansion und Krieg gesehen. Für das Verhältnis zu den anderen Nachbarstaaten, die vom machtpolitischen Aufstieg des Dritten Reiches unmittelbar tangiert waren, aber auch zu den weiteren europäischen und außereuropäischen Staaten gilt dies in ähnlicher Weise, wenngleich hier die außenpolitische Handschrift des Auswärtigen Amtes deutlicher erkennbar war als bei den erstgenannten Ländern, die Hitler als Schlüsselstaaten für die Durchsetzung seiner außenpolitischen Ziele ansah.

<sup>10</sup> Andreas Hillgruber, *Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Düsseldorf 1969, S. 31.

<sup>11</sup> Dies hat vor allem Josef Henke herausgearbeitet. Vgl. ders., *England in Hitlers politischem Kalkül. Vom Scheitern der Bündniskonzeption bis zum Kriegsbeginn (1935–1938)*, Boppard a. Rh. 1973.

Keine Epoche der deutschen Außenpolitik ist so breit erforscht wie diejenige zwischen 1933 und 1945.

Hierbei liegt ein eindeutiger Schwerpunkt auf den Jahren bis zum Kriegsausbruch. Zwar gibt es auch verschiedene Studien zu den Kriegsjahren – zu den deutsch-sowjetischen und den deutsch-amerikanischen Beziehungen bis 1941, zu den Kontakten mit den Verbündeten, vor allem Italien und Japan, zu denjenigen zu verschiedenen neutralen Staaten – aber von Umfang und Inhalt ist dies deutlich schmaler als für die Periode zuvor. Analysiert wurde in diesen Darstellungen vor allem, wie durch die außenpolitischen Kontakte zu den genannten Staaten der Kriegskurs abgesichert sowie künftige militärische Schritte vorbereitet und abgestützt wurden. Im Zentrum standen hierbei Hitlers Wendung gegen die Sowjetunion und der besondere Charakter des „Unternehmens Barbarossa“ sowie Motive und Ziele hinsichtlich der Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten, die den „Faktor Amerika in Hitlers Strategie“<sup>12</sup> noch einmal neu beleuchteten.

Die zweite Blickrichtung in den Darstellungen zur Außenpolitik des Dritten Reiches betrifft die Frage nach dem außenpolitischen Entscheidungsprozess und den hierbei beteiligten Akteuren. In diesem Kontext wurden immer wieder Rolle und Gewicht Hitlers vermessen. Insgesamt wird seine Position als entscheidend für die Ausrichtung und Schwerpunktsetzung der nationalsozialistischen Außenpolitik angesehen. Für diese Einschätzung war maßgeblich, dass schon früh seine entsprechenden Äußerungen und programmatischen Einlassungen bekannt waren – von „Mein Kampf“ über sein „Zweites Buch“ bis hin zu internen Dokumenten wie dem Schmudt-Protokoll<sup>13</sup> oder der Hoßbach-Niederschrift. Sie galten und gelten als zentrale Nachweise für Hitlers außenpolitische Ziele. In ähnlicher Weise ist immer wieder auf entscheidende, von ihm initiierte oder durchgesetzte Weichenstellungen verwiesen worden, wie hinsichtlich des Nichtangriffspakts mit Polen, des deutsch-britischen Flottenvertrags, der „Achse Berlin-Rom“ oder des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts samt Zusatzprotokoll. An der Sicht, dass Hitler in der Ausrichtung der Außenpolitik des Dritten Reiches eine entscheidende, letztlich die ausschlaggebende Rolle zukam, hält das Gros der Forschung bis heute fest.

Strittig ist dabei allenfalls, wieweit er ein konkret greifbares außenpolitisches „Programm“ verfolgt und wie zielgerichtet er auf dessen Umsetzung hingewirkt habe. Auf der einen Seite steht die Einschätzung, das Ziel, „Lebensraum“ im Osten zu erobern, sei als „Metapher und utopische Umschreibung eines kontinuierlichen Strebens nach immer mehr machtpolitischer Handlungsfreiheit“ zu verstehen, nicht aber als „rationaler Handlungsplan auf ein konkret vorgestelltes begrenztes Objekt hin“<sup>14</sup>. Dem steht die Überzeugung gegenüber, dass sich Hitlers außenpolitisches Denken und Handeln an einem konkreten „Programm“ orientiert habe, das den machtpolitischen Aufstieg des Deutschen Reiches, abgesichert durch Bündnisse mit Großbritannien und Italien, anvisiert und so die Voraussetzung für die Eroberung neuen „Lebensraums“ im Osten des Kontinents mit dem Zielpunkt eines deutschen Herrschaftsgebiets vom Atlantik bis zum Ural beinhaltet habe.

<sup>12</sup> So Andreas Hillgruber, *Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938–1941*, in: Ders., *Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 1977, S. 197–222.

<sup>13</sup> Vgl. Thilo Vogelsang, *Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ)* 2 (1954), S. 397–436, hier S. 434f.

<sup>14</sup> So Martin Broszat, *Soziale Motivation und Führer-Bindung im Nationalsozialismus*, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), *Nationalsozialistische Außenpolitik*, Darmstadt 1978, S. 92–116, hier S. 114.

Wieweit es in letzter Perspektive auch globale Weltherrschaftsideen umfasst habe, ist dann wieder strittig diskutiert worden. Vor allem Andreas Hillgruber hat einen solchen „Stufenplan“ skizziert, gemäß dem Hitler nach der Eroberung eines europäischen Kontinentalimperiums in einer zweiten Stufe kolonialen „Ergänzungsraum“ in Mittelafrika sowie ein Stützpunktsystem im Atlantik und im Indischen Ozean habe gewinnen wollen, um von hier aus im Bunde mit Japan und Großbritannien „die USA als weltpolitischen Hauptgegner auf dem amerikanischen Doppelkontinent“ zu isolieren und in einer dritten Stufe „gleichsam in einem Kampf der Kontinente [...] die Weltvorherrschaft des ‚Germanischen Reiches deutscher Nation‘“ zu erkämpfen<sup>15</sup>. Auch wenn er durchaus einräumt, dass es problematisch ist, Hitlers eher sporadische Aussagen in dieser Richtung zu einer außenpolitischen Strategie zu verdichten, betont er dennoch, dass seine Forschungshypothese die wesentlichen Triebkräfte und zentralen Ziele von dessen Außenpolitik erfasst habe, die gegenüber allen Improvisationen und taktischen Wendungen im Einzelnen doch unverrückbar gewesen seien.

Andere Akteure aus dem Bereich der NSDAP werden demgegenüber eher als marginal angesehen. Dies gilt etwa für das Außenpolitische Amt der NSDAP unter Alfred Rosenberg, die Auslandsorganisation unter Ernst Wilhelm Bohle oder auch die „Dienststelle Ribbentrop“. In seiner wegweisenden Monographie zur nationalsozialistischen Außenpolitik hat als einer der ersten Hans-Adolf Jacobsen<sup>16</sup> diese einzelnen Ämter analysiert, um so einem „traditionellen Instrumentarium“, nämlich dem Auswärtigen Amt, ein „revolutionäres Instrumentarium“ gegenüberzustellen. Dies war anschließend Anlass, nach einem möglichen „Konzeptionen-Pluralismus“ in der Außenpolitik des Dritten Reiches zu fragen, also das in der Debatte um das nationalsozialistische Herrschaftssystem viel diskutierte „Polykratie“-Modell auch auf die Außenpolitik zu übertragen. Auch wenn in diesem Zusammenhang einzelne Akteure mit je spezifischen Vorstellungen und Ansätzen ausgemacht wurden, so blieben deren Einfluss- und Aktionsmöglichkeiten doch begrenzt. Insgesamt haben diese im Dunstkreis der NSDAP entstandenen neuen Ämter keinen entscheidenden Einfluss auf die außenpolitische Linie des Dritten Reiches nehmen können. Im Detail mochten sie durchaus von Belang sein, in der Summe fristeten sie jedoch letztlich ein Nischendasein.

Kabinettsmitglieder wie Hjalmar Schacht und Hermann Göring vermochten vornehmlich über außenwirtschaftliche Fragen den Beziehungen des Dritten Reiches gegenüber den Staaten der europäischen Peripherie oder gegenüber Lateinamerika einen gewissen Stempel aufzudrücken. Vor allem im Rahmen von Schachts „Neuem Plan“ und der aus ihm resultierenden Intensivierung der ökonomischen und politischen Bindungen der betroffenen Länder an das Deutsche Reich wurde die deutsche Großmachtposition in bestimmten Regionen, vor allem in Südosteuropa und auf der Iberischen Halbinsel, deutlich ausgebaut. Aber diese Autarkie- und Großraumwirtschaftskonzeptionen lagen eher auf der Linie entsprechender Außenwirtschaftskonzepte des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, im Kontext der nationalsozialistischen Außenpolitik waren sie letztlich ein Ziel an sich, aber keine Durchgangsstufe für das Raumprogramm Hitlers. Entscheidenden Einfluss auf die Gesamtkonzeption der Außenpolitik des Dritten Reiches vermochten sie nicht zu erlangen.

<sup>15</sup> Andreas Hillgruber, *Endlich genug über Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg?*, Düsseldorf 1982, S. 34f. Ausführlicher wird dies dargelegt in ders., *Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941*, München <sup>2</sup>1982.

<sup>16</sup> Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, Frankfurt a. M. 1968.

So blieb als zentraler Akteur neben Hitler das Auswärtige Amt. Die große Erzählung zu diesem Thema ist die des Niedergangs und Einflussverlustes des Auswärtigen Amts, das von einem außenpolitischen Vordenker und Schrittmacher „zu einem bürokratischen Verwaltungsapparat“ herabgesunken sei<sup>17</sup>, der die Anstöße, Initiativen und Entscheidungen des „Führers“ nurmehr aufnahm und umsetzte. Außenminister Constantin von Neurath, von Reichspräsident Paul von Hindenburg als Bewahrer der traditionellen außenpolitischen Linie einer forcierten Revisionspolitik im Sinn der Wiederherstellung der Großmachtposition Deutschlands in Europa im neuen Kabinett installiert, zeigte sich weder habituell noch politisch in der Lage, Hitlers Konzept einer militärisch abgesicherten Raumpolitik entgegenzutreten. Stattdessen habe er dessen außenpolitischen Impulsen mehr oder weniger Folge geleistet und sich ihnen ohne größere Widerstände angeschlossen. Sein engster politischer Mitarbeiter, Staatssekretär Bernhard Wilhelm von Bülow, habe in ähnlicher Weise agiert. In den Augen seiner Biographen war auch er ein typischer Repräsentant der konservativen Bündnispartner Hitlers, der dessen „Konzeption einer bedenkenlosen Risikopolitik mit völliger Ablehnung“<sup>18</sup> gegenübergestanden und „den Sprung der Nation in bedenkliche Abenteuer [zu] verhindern“<sup>19</sup> gesucht habe. Allerdings habe er nicht die Kraft und Unterstützung gefunden, sich diesem Kurs wirkungsvoll entgegenzustellen. Weder Neurath noch Bülow erwiesen sich als Bollwerke gegen Hitlers außenpolitische Ambitionen.

Dies gilt auch für Neuraths Nachfolger Joachim von Ribbentrop. Als Leiter der „Dienststelle Ribbentrop“, als Hitlers außenpolitischer Berater und Sonderbevollmächtigter, als Botschafter in London und schließlich als Außenminister schien er dem Machtzentrum des Dritten Reiches sehr viel näher zu stehen als sein Vorgänger. Zudem entwickelte er eigene Vorstellungen eines gegen das britische Empire gerichteten eurasiatischen Kontinentalblocks und setzte sich damit von der Englandpolitik seines „Führers“ ab. Allerdings blieb dies eher im Ungefähren, da der neue Außenminister seine eigenen außenpolitischen Vorstellungen willfährig den Zielsetzungen Hitlers unterwarf. „Ribbentrop konnte keinen prägenden Einfluss auf die deutsche Außenpolitik nehmen, weil die wesentlichen Entscheidungen allein von Hitler getragen wurden“ – so sein Biograph. Zwar habe er es bis an die Spitze des Auswärtigen Amts gebracht, „aber unangefochten an der Spitze der deutschen Außenpolitik stand er deshalb nicht“<sup>20</sup>.

Sein Staatssekretär, Ernst von Weizsäcker, zeigte hier ein deutlicheres Profil. Der national-konservative Diplomat hatte im März 1938 diesen Posten nicht zuletzt unter dem Vorsatz übernommen, die Entwicklung zu einem europäischen Krieg zu verhindern, schätzte er dessen Beginn doch nicht nur als „das Ende des III. Reiches“, sondern als „Finis Germaniae“ ein<sup>21</sup>. In der Kontinuität der traditionellen Revisions- und Großmachtspolitik stehend,

<sup>17</sup> So Günter Wollstein, *Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland*, Bonn/Bad Godesberg 1973, S. 242.

<sup>18</sup> So Peter Krüger/Erich J. Hahn, *Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Bernhard Wilhelm von Bülow im Frühjahr 1933*, in: VfZ 20 (1972), S. 376–410, hier S. 389.

<sup>19</sup> Hermann Graml, *Bernhard von Bülow und die deutsche Außenpolitik. Hybris und Augenmaß im Auswärtigen Amt*, München 2012, S. 118.

<sup>20</sup> Stefan Kley, *Hitler, Ribbentrop und die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs*, Paderborn 1996, S. 326 und 323. Ähnlich Wolfgang Michalka, *Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940*, München 1980.

<sup>21</sup> Leonidas E. Hill (Hrsg.), *Die Weizsäcker-Papiere*, 2 Bde., Berlin/Frankfurt a. M./Wien 1974 und 1982, S. 122.



setzte er darauf, den „chemischen Auflösungsprozess“<sup>22</sup> des tschechoslowakischen Staates mit politischem Druck und diplomatischen Mitteln zu fördern, fürchtete jedoch bei Hitlers Risikokurs das militärische Eingreifen der Westmächte. Dies brachte ihn und eine Gruppe ihm Nahestehender im Auswärtigen Amt dazu, verdeckte Kontakte nach London aufzunehmen, um so die britische Regierung dazu zu bewegen, Hitler vor einem militärischen Konfrontationskurs zu warnen. Auch Staatsstreichpläne wurden erwogen. Angesichts des Verlaufs der Sudetenkrise und der (vorläufigen) Beilegung des Konflikts mit dem Münchener Abkommen wurde diesen Alternativkonzeptionen jedoch der Boden unter den Füßen weggezogen. Weizsäckers Nachfolger schließlich, Gustav Adolf Baron Steengracht von Moyland, war politisch so unbedeutend, dass er in außenpolitischen Fragen keinen Schatten warf.

Der im Zusammenhang mit Weizsäckers Wirken bereits angesprochene „Widerstand aus dem Ressort“ hat wissenschaftlich viel Beachtung gefunden. Die gilt vor allem für Weizsäcker und seine engsten Mitarbeiter, die Brüder Erich und Theodor Kordt, die auf dem Gipfelpunkt der Sudetenkrise gegen Hitlers Kriegskurs opponierten und hierbei im Sinne einer „Gegendiplomatie“ die drohende militärische Konfrontation zu verhindern suchten. In den Jahren 1943/44 formierte sich im Auswärtigen Amt eine neue oppositionelle Gruppe um Hans Bernd von Haefften, Adam von Trotz zu Solz, Albrecht von Kessel, Ulrich von Hassell, Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg und andere, die mehr oder weniger eng in die nun entstehenden Widerstandsnetze um Carl Friedrich Goerdeler, Helmuth James von Moltke und Claus Schenk Graf von Stauffenberg eingebunden waren; auch sie sind vielfach gewürdigt worden. Eher in ihrem Schatten stehen andere wie Fritz Kolbe, Gerhard Feine oder Rudolf von Scheliha, auf deren Aktivitäten erst in den letzten Jahren aufmerksam gemacht wurde.

Bei diesem knappen Blick auf die Spitze des Auswärtigen Amtes wird deutlich, dass hier keine Persönlichkeiten agierten, die in der Lage gewesen wären, der deutschen Außenpolitik zwischen 1933 und 1945 ihren Stempel aufzudrücken. Seit den Zeiten eines Gustav Stresemann hatte das Auswärtige Amt kontinuierlich an politischer Bedeutung und operativer Kraft verloren. „Die Uniform, die der Angehörige des Auswärtigen Dienstes zu tragen hatte, war im Laufe der Jahre immer prächtiger, die Bedeutung des Dienstes jedoch in gleichem Maße geringer geworden.“<sup>23</sup> Zwar entsprach das hinter diesem Bild aufscheinende Konzept politischer Eigenständigkeit und operativer Selbstbestimmung eines Außenministeriums eher den Gegebenheiten des 18. und 19. Jahrhunderts und weniger den Realitäten eines pluralistischen Massenstaates im 20. Jahrhundert. Allerdings waren im Dritten Reich Einflussfaktoren auf die Außenpolitik wie Parlament und politische Parteien, Medien oder die Öffentlichkeit generell politisch gleichgeschaltet, und auch Interessenverbände oder andere Lobbygruppen vermochten auf die außenpolitische Linie keinen Einfluss zu nehmen. Insofern galten die Realitäten einer modernen Massendemokratie nicht für das Dritte Reich und seine Außenpolitik. Stattdessen musste sich die Amtsspitze mit dem wenig regelhaften Führungsstil Hitlers arrangieren. Da Kabinettsitzungen immer weniger stattfanden, auf denen über den außenpolitischen Kurs hätte debattiert und zu Pro und Contra bestimmter Entscheidungen hätte Stellung genommen werden können, fehlte ein Ort, an dem selbst ein „starker“ Außenminister seine Position hätte zur Geltung bringen können. Stattdessen reduzierte sich die Einflussnahme mehr und mehr auf den Zugang zum Diktator, was selbst Ribbentrop nur zeitweise gelang. Auch wenn im

<sup>22</sup> Ebenda, S. 128.

<sup>23</sup> Graml, Bülow, S. 7.



Alltagsgeschäft das Auswärtige Amt zumindest bis zum Kriegsbeginn seiner tradierten Funktion nach wie vor nachkam – als Gestalter der Außenpolitik, als Impuls- und Ratgeber war es immer weniger gefragt.

Ausgespart aus dem Blick der Historiker blieb lange Jahre das Thema der organisatorischen und personellen Struktur des Auswärtigen Amtes. Die Forschungen von Kurt Doß zur „Schülerschen Reform“ zu Beginn der 1920er Jahre<sup>24</sup> haben insofern keine Nachfolge gefunden. Dies lag vor allem darin begründet, dass die Personalakten aus den 1930er und 1940er Jahren der Forschung lange Zeit noch nicht zur Verfügung standen. Mit dem „Biographischen Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945“<sup>25</sup> sind entsprechende Daten zu Herkunft und Familie, Ausbildungsgang, Parteizugehörigkeit und Laufbahnstationen der Angehörigen des höheren Auswärtigen Dienstes sowohl in der Berliner Zentrale als auch in den Auslandsvertretungen nun einer wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich. Damit ist es möglich, nicht nur eine kollektive Biographie dieser Personengruppe zu erarbeiten, sondern auch Veränderungen in Herkunft und Sozialisation, in Bildungsgängen und Ausbildungsmustern, in Karriereverläufen und Lebenswegen darzulegen<sup>26</sup>.

Organisatorischen – und damit verbundenen wesentlichen inhaltlichen – Veränderungen im Auswärtigen Amt ist als Erster Christopher Browning<sup>27</sup> nachgegangen. Im Zentrum seiner Untersuchung steht das Referat D III der Abteilung Deutschland, von dem aus die Mitwirkung des Auswärtigen Amtes an der „Endlösung der Judenfrage“ ausgestaltet und gesteuert wurde. War dieses im März 1933 eingerichtete Referat D zunächst mit verschiedenen Aspekten der nationalsozialistischen Judenpolitik befasst, ohne je von großer Bedeutung zu sein, so sollte sich dies mit organisatorischen Veränderungen im März 1940 und dem anschließenden personellen Ausbau ändern. Browning sieht die neue Abteilung und dort das Referat D III als die Scharnierstelle, über die die dort tätigen Mitarbeiter in die kommende „Endlösung“ eingebunden wurden, ja, sich an ihr aktiv beteiligten, und auch die Mitwirkung der deutschen Auslandsvertretungen an der Deportation der europäischen Juden in die Vernichtungslager sichergestellt wurde. Hierbei charakterisiert er die Mitarbeiter des „Judenreferats“ nicht als ideologisch geprägte Rassenantisemiten, sondern als Karrieristen, die durch die aktive Mitwirkung an der Umsetzung der „Endlösung“ die eigene Karriere befördern und die Stellung des Auswärtigen Amtes im Machtgefüge des Dritten Reiches sichern und ausbauen wollten. Zwar seien auch die „alte Garde“ der Beamten in der Wilhelmstraße ebenso wie die Diplomaten vor Ort durchaus bereit gewesen, sich dem herrschenden Antisemitismus anzupassen und an den antijüdischen Maßnahmen schon seit 1933 mitzuwirken, sie zumindest diplomatisch abzuschirmen, dennoch unterstreicht Browning die Ausnahmestellung des „Judenreferats“: „Die mit der ‚Judenfrage‘ betrauten Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes waren opportunistische professionelle Bürokraten, ihr Vorgesetzter ein übertrieben ehrgeiziger und skrupelloser Politiker und

<sup>24</sup> Kurt Doß, Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf 1977.

<sup>25</sup> Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, hrsg. vom Auswärtigen Amt, 5 Bde., Paderborn u. a. 2000–2014.

<sup>26</sup> Vgl. hierzu auch die ersten Ergebnisse in den Beiträgen von Martin Kröger und Bernd Ispording in diesem Band.

<sup>27</sup> Christopher R. Browning, The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–1943, New York/London 1978; mittlerweile übersetzt: Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt. Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940–1943, Darmstadt 2010.

Ribbentrops Machtkämpfer Nummer eins. Ihr Motiv war in erster Linie die Hoffnung auf beruflichen Aufstieg, nicht Rassenhass oder fanatischer, blinder Gehorsam gegenüber einer höheren Autorität.<sup>28</sup> Dies machte sie zu willigen Mitwirkenden an der Umsetzung der „Endlösungs“-Politik. Hierbei streift Browning auch kurz die Mitwirkung von Angehörigen der deutschen Botschaften und Gesandtschaften an diesen Deportationsmaßnahmen, sei es in Westeuropa und in der Slowakei, wo das Auswärtige Amt in seiner Sicht letztendlich eine untergeordnete Rolle spielte, sei es in Südosteuropa, wo dessen Position stärker und dessen Aktionsradius größer waren. In den zentralen Räumen des „Holocaust“, in Polen und in der Sowjetunion, spielte das Auswärtige Amt schon angesichts des Fehlens diplomatischer Vertretungen dort in seiner Sicht keine Rolle.

Diesen Blick auf die Mitglieder des Diplomatischen Dienstes hat Hans-Jürgen Döscher weiter verschärft. Indem er die „Diplomatie im Schatten der ‚Endlösung‘“<sup>29</sup> ausleuchten wollte, ist er den personellen Veränderungen im Auswärtigen Amt, insbesondere den personalpolitischen Infiltrationen durch NSDAP und SS, nachgegangen. Hatte in der Memoirenliteratur sowie in einschlägigen Darstellungen der Eindruck vorgeherrscht, das Auswärtige Amt sei von seiner Personalstruktur her auch im Dritten Reich weitgehend intakt geblieben, zwar seien unter Reichsaußenminister Ribbentrop die Zentrale und der Diplomatische Dienst durch nationalsozialistische Außenseiter infiltriert worden, die sich dann auch an den Ghettoisierungs- und Deportationsmaßnahmen beteiligten, doch habe das Amt selbst diesen Plänen gegenüber zähen und hinhaltenden Widerstand geleistet, so setzt Döscher dieser Betrachtungsweise die Ansicht entgegen, dass die Einbindung des traditionsreichen Ministeriums an der Wilhelmstraße in die nationalsozialistische Expansions-, Kriegs- und Vernichtungspolitik viel weiter gegangen sei.

Schon die traditionelle Beamtenschaft, so seine Kernaussage, habe sich dem neuen Regime rasch und ohne größere Skrupel angedient und – sei es aus Karrieredenken, bürokratischer Willfährigkeit oder weltanschaulicher Disposition – dessen Politik mitgetragen. Mit der Berufung Ribbentrops zum Reichsaußenminister habe jedoch ein spürbarer Wandel in der Personalpolitik des Auswärtigen Amtes eingesetzt, indem nun politisch-weltanschauliche Überzeugungstreue wichtiger wurde als berufliche Qualifikation und fachliche Kompetenz. Diese Neuzugänge besetzten, wie Döscher unterstreicht, Schlüsselpositionen vor allem in den Abteilungen, die sich mit Kultur- und Volkstumspolitik, Auslandspropaganda und Judenfragen beschäftigten und die während des Zweiten Weltkriegs deutlich expandierten. Diese strukturellen Veränderungen hatten in den Augen Döschers auch einen Funktionswandel des Auswärtigen Amtes zur Folge: „Traditionelle Außenpolitik degenerierte so immer mehr zu Auslandspropaganda, Besatzungspolitik und schließlich auch Ausrottungspolitik.“ In seiner Sicht beruhte die politische Durchsetzung und organisatorische Effizienz in der Deportation und Vernichtung der Juden West- und Südosteuropas „nicht zuletzt auf der ‚diplomatischen‘ Vorbereitung, Mitwirkung und Abschirmung durch das Auswärtige Amt“<sup>30</sup>.

Dieser Befund der Mitwirkung an der Vorbereitung des „Holocaust“ wird noch weiter verstärkt in der Darstellung einer Historikerkommission unter der Leitung von Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes und Moshe Zimmermann, die sich auf Initiative des sei-

<sup>28</sup> Ebenda, S. 235.

<sup>29</sup> Hans-Jürgen Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“*, Berlin 1986.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 311.

nerzeitigen Außenministers dem „Amt und [...] [der] Vergangenheit“<sup>31</sup> zugewandt hat. Stärker als Browning und Döscher betont sie die Andienung auch der alten Diplomateneleite an die neuen Machthaber und damit die Nazifizierung des Amtes schon bald nach Hitlers „Machtergreifung“. Demgegenüber wertet sie den Wechsel von Neurath zu Ribbentrop nicht als entscheidenden Einschnitt: „Gerade auf der Führungsebene war das Ausmaß der Personalveränderungen, die Ribbentrop nach seiner Amtsübernahme vornahm, denkbar gering.“<sup>32</sup> Zum Zweiten unterstreicht sie die Einbindung, ja, aktive Rolle der Diplomaten in den Auslandsvertretungen an der Ermordung der europäischen Juden: „In vielen Fällen waren Angehörige des Auswärtigen Dienstes – und nicht nur Seiteneinsteiger aus der Zeit nach 1933 – an der Deportation von Juden unmittelbar beteiligt, mitunter ergriffen sie sogar die Initiative. Je größer der Herrschaftsbereich des Dritten Reiches wurde, desto mehr war auch das Auswärtige Amt mit der Politik der ‚Endlösung‘ befasst. Neue, ja präzedenzlose Aufgabenfelder, der überkommenen Außenpolitik und Diplomatie ganz fremd, wuchsen den deutschen Diplomaten zu: Plünderung, Raub, Verfolgung und Massenmord.“<sup>33</sup>

Aber nicht allein in den verbündeten und besetzten Ländern hätten sich die deutschen Diplomaten aktiv und in einer tragenden Rolle an der Judenpolitik beteiligt, in der Sicht der Kommissionsmitglieder sei die Spitze des Auswärtigen Amtes „an der Entscheidung über die ‚Endlösung‘ [...] direkt beteiligt“ gewesen, ja, habe „die Initiative zur Lösung der ‚Judenfrage‘ auf europäischer Ebene ergriffen“. Hierbei verweisen sie auf die enge Zusammenarbeit mit dem Reichssicherheitshauptamt, wobei „mal die eine, mal die andere Behörde voranging“<sup>34</sup>, sowie auf Initiativen aus dem Amt wie den „Madagaskar-Plan“ und generell die Tätigkeit des Referats D III der Abteilung Deutschland, die für die „Judenfrage“ und die Rassenpolitik zuständig war. Dieses Verdikt gipfelte in der provokanten Äußerung, das Auswärtige Amt sei im Dritten Reich „eine verbrecherische Organisation“<sup>35</sup> gewesen.

Die Darstellung über „Das Amt und die Vergangenheit“ hat in der Öffentlichkeit wie in der Fachwissenschaft eine heftige Kontroverse ausgelöst. Neben zustimmenden Voten, die die Abkehr von der traditionellen dichotomischen Unterscheidung zwischen „guten“ Diplomaten und „bösen“ Seiteneinsteigern begrüßten, haben viele Rezensenten<sup>36</sup> den Auto-

<sup>31</sup> Eckart Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010. Der erste Teil des Buches beschäftigt sich mit dem Auswärtigen Amt im Dritten Reich, der zweite Teil mit der Frage, wie nach 1945 mit der NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes umgegangen wurde und wie sich die Frage personeller Kontinuitäten oder Diskontinuitäten stellte. Der letzte Teil wird im vorliegenden Aufsatz nicht aufgegriffen, da er für das hier behandelte Thema nicht unmittelbar relevant ist.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 15.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 185 und 287.

<sup>35</sup> Interview mit dem Sprecher der Historikerkommission, Eckart Conze, in: *Der Spiegel* vom 25. 10. 2010, S. 40.

<sup>36</sup> Aus der Fülle der Rezensionen seien nur vier zitiert. Vgl. Johannes Hürter, *Das Auswärtige Amt, die NS-Diktatur und der Holocaust. Kritische Bemerkungen zu einem Kommissionsbericht*, in: *VfZ* 59 (2011), S. 167–192; Michael Mayer, *Akteure, Verbrechen und Kontinuitäten. Das Auswärtige Amt im Dritten Reich – Eine Binnendifferenzierung*, in: Ebenda, S. 509–532; Richard J. Evans, *The German Foreign Office and the Nazi Past*, in: *Neue Politische Literatur* 56 (2011), S. 165–184; Christopher R. Browning, *The German Foreign Office Revisited*, in: *Bulletin of the German Historical Institute Washington D.C.* 49 (Fall 2011), S. 71–78. Auch die Verfasserin hat sich andernorts ausführlicher als hier möglich zu den Thesen dieses Buches geäußert, vgl. Marie-Luise Recker, *Das Auswärtige Amt und die Vergangenheit. Über Karrieren, Komplizenschaft und Netzwerke*, in: *Historische Zeitschrift* (HZ) 293 (2011), S. 125–136.

ren mangelnde Differenzierungen, Überzeichnungen, Widersprüche und unzureichende Kontextualisierungen angelastet. Vor allem die pauschale Deutung von der raschen Nazifizierung „des“ Amtes sowie die Thesen von dessen aktiver und zielstrebigem Mitwirkung an Judendeportation und -vernichtung, gar dessen tragender Rolle in diesem Zusammenhang, haben entschiedenen Widerspruch hervorgerufen. Bei allen Erkenntnisfortschritten im Detail sehen sie die Grundaussagen der Untersuchung doch eher als Rückfall hinter bisherige Forschungsergebnisse an.

Diesen Einwänden werden sich die Autoren von „Das Amt und die Vergangenheit“ zu stellen haben, außer über punktuelle Unstimmigkeiten wird vor allem über die zentralen Thesen weiter zu diskutieren sein. Darüber hinaus wird die künftige Forschung diese Fragen aufgreifen und im Detail untersuchen müssen. Gerade die durch die aktuelle Kontroverse angestoßene Debatte um Herkunft, Lebenswege und Karriereverläufe der Beamtenschaft des Auswärtigen Amtes, nach Binnendifferenzierungen innerhalb des Diplomatischen Dienstes, aber auch nach Andienung an das neue Regime, nach Selbstgleichschaltung oder schleichender personeller Durchdringung durch nationalsozialistisch geprägte Seiteneinsteiger, verbunden mit der Frage nach entsprechenden Veränderungen in der Organisationsstruktur des Auswärtigen Amtes im Dritten Reich, sollten weiterverfolgt und so dessen personelles Profil klarer konturiert werden.

Zum anderen werden Rolle und Gewicht des Auswärtigen Amtes in der nationalsozialistischen Diktatur differenzierter als bisher zu vermessen sein. Insbesondere die Frage nach seiner Rolle in der „Endlösung der Judenfrage“ – ob mit Blick auf die Berliner Zentrale in der Wilhelmstraße oder auf die diplomatischen Vertretungen vor Ort –, aber auch nach seiner Tätigkeit im Rahmen von Besatzung, Unterdrückung, Ausplünderung und Ausbeutung werden die Debatte um sein Gewicht in Hitlers Staat, um die alten Thesen von Niedergang und Verfall, aber auch um Eigenständigkeit, Indienstnahme und Marginalisierung neu beleben. In diesem Sinne könnte nicht nur die Position des Auswärtigen Amtes im Dritten Reich klarer konturiert, sondern generell Veränderungsprozessen im nationalsozialistischen Regierungssystem nachgegangen werden.

Gleichzeitig wären aber auch längere Linien zu ziehen. Eine Organisationsgeschichte des Auswärtigen Amtes einschließlich des Blicks auf personelle Kontinuitäten und Veränderungen ist ein zentrales Desiderat der Forschung zur deutschen Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Weder haben wir differenzierte Kenntnisse hinsichtlich der Rekrutierungs-, Ausbildungs- und Karrieremuster der Mitglieder des Auswärtigen Dienstes in dieser Zeit noch Angaben zu Herkunft, Sozialprofil, Verkehrskreisen und Lebenswelten. Wenn in der Forschung Kontinuitätslinien gezogen werden, so betreffen sie im Allgemeinen inhaltliche Fragen nach außenpolitischen Zielsetzungen oder operativem Vorgehen, nicht aber personelle Entwicklungsmuster. Hier die Mitglieder des Diplomatischen Dienstes mit in diese Analyse einzubeziehen, würde nicht nur Veränderungsprozesse im Auswärtigen Amt selbst sowie in seinem diplomatischen Netzwerk besser erkennen lassen, sondern auch einen generellen Beitrag leisten zur Frage von Persistenz und Wandel von politischen Führungsgruppen in Deutschland über politische Einschnitte, ob 1918/19, 1933 oder 1945/49, hinweg. Hierbei wäre für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Frage nach organisatorischer und personeller Kontinuität neben dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland auch das Außenministerium der DDR einzubeziehen.

So gut wie gar keinen Eingang gefunden in die Debatten über die Außenpolitik des Dritten Reiches und die Rolle des Auswärtigen Amtes haben bisher kulturgeschichtliche Ansätze. Dabei könnten Fragen nach einem spezifisch „nationalsozialistischen“ Verhand-

lungsstil, wie er sich etwa anlässlich des Deutsch-Britischen Flottenabkommens, der „Achse Berlin-Rom“ oder des Hitler-Stalin-Pakts ausmachen lässt, oder nach einem spezifisch „nationalsozialistischen“ Drehbuch bei der Inszenierung von Staatsbesuchen und diplomatischen Treffen durchaus bisherige Erkenntnisse zur Außenpolitik des Dritten Reiches und zu Auftreten und Habitus der deutschen Diplomaten in diesen Jahren ergänzen. Auch der bereits erwähnte Hinweis, die Lebenswelten und Verkehrskreise der Mitglieder des Auswärtigen Dienstes näher zu betrachten, wäre ein mögliches Sujet für derartige kulturgeschichtliche Untersuchungen.

Wo also könnten die Schwerpunkte künftiger Arbeiten zur Außenpolitik des Auswärtigen Amtes im Dritten Reich liegen? Schon der vorliegende Tagungsband mit dem Focus auf den Beiträgen zum Personal des Auswärtigen Dienstes und zur Verwicklung des Auswärtigen Amtes in die NS-Verbrechen lässt vermuten, wohin sich der Zug der Forschung bewegen wird. Hatte die Debatte um Zäsuren, Inhalte und Triebkräfte der deutschen Außenpolitik zwischen 1933 und 1945 in den bisherigen Darstellungen einen zentralen Platz eingenommen und ein höchst differenziertes Bild von den entsprechenden Entscheidungen und Abläufen gezeichnet, so wird dies in Zukunft eher zurücktreten und den neuen Fragestellungen Platz machen, die durch die Kontroverse um „Das Amt und die Vergangenheit“ angefeuert wurden. Die hierbei strittigen Fragen und Interpretationen weiter zu verfolgen und durch neue Forschungen zu veri-, falsi- oder modifizieren, wird vermutlich die Debatte der Zukunft bestimmen.

